

Erdogans letzte Schlacht?

Von Dani Rodrik

Es ist eine dramatische Schlacht, die sich derzeit in der Türkei die regierende Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei AKP und ihr vormaliger Bündnispartner „Hizmet“ liefern, eine religiöse Bewegung unter der Führung des seit 1999 in den USA lebenden Fetullah Gülen. Die Auseinandersetzung fördert nach und nach die massiven Rechtsverstöße zu Tage, welche beide Gruppierungen zur Festigung ihrer Macht begingen. Staatsanwälte, die als Gülen-Sympathisanten gelten, haben ausgreifende Korruptionsermittlungen eingeleitet, von denen bisher unter anderen vier Minister Erdogans betroffen sind. Sogar ein Sohn des Ministerpräsidenten ist in die Schusslinie geraten.

Erdogan und seine Berater schlagen mittlerweile zurück. Sie beschuldigen die Gülenisten, einen „Staatsstreich auf dem Verwaltungswege“ zu versuchen. Das Spektrum schmutziger Anschuldigungen ist breit gefächert: Es reicht von der „Produktion fiktiver Beweise“ gegen die Generäle, die im vergangenen Jahr verurteilt wurden, weil sie den Sturz der Regierung Erdogan betrieben hätten, bis zu „umfangreichen unerlaubten Abhörmaßnahmen“.

Die Prozesse gegen die angeblichen Putschisten erschütterten die Türkei zutiefst. Heute durchschaut man sie als das, was sie in Wahrheit waren: Hexenjagen! Das Beweismaterial war bestenfalls dürftig, oft aber schlichtweg fabriziert. Die Regie dieser Verfahren lag in den Händen gülenistischer Polizeibeamter, Staatsanwälte und Medien. Entscheidend aber war die Unterstützung der Regierung Erdogans. Wenn man im Erdogan-Lager jetzt seine Hände in Un-

schuld wäscht und allein die Gülenisten für die Urteile verantwortlich macht, ist das – gelinde gesagt – unredlich.

In einer berühmten Erklärung hatte Erdogan sich einst selbst als den eigentlichen Ermittler im Fall „Ergenekon“ präsentiert. Angeblich ging es dabei um die Bekämpfung des sogenannten Tiefen Staates in der Türkei, der aus hohen Militärs und säkularen Nationalisten bestand. Tatsächlich aber wurde ein ganzes Spektrum politischer Gegner ins Visier genommen. Als die erschreckenden, aber vollständig konstruierten Beweise für die fiktive Verschwörung namens „Vorschlaghammer“ auftauchten, verlieh Erdogan ihnen erst mit der Feststellung Glaubwürdigkeit, er habe von derartigen Plänen gewusst. Seine Minister attackierten die Angeklagten und prangerten den einzigen Richter an, der in einem Vorverfahren zu deren Gunsten entschieden hatte.

Über solche öffentlichen Erklärungen hinaus stellte die Erdogan-Regierung sicher, dass diese und andere politischen Prozesse (darunter auch einer gegen Hunderte von kurdischen Aktivisten) den vorherbestimmten Ausgang nahmen. Die höheren Ränge der Justiz wimmelten dabei von Richtern, die entweder selbst Gülenisten waren oder bereit, diesen gefällig zu sein. Die Klagen über flagrante Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit wollten nicht enden, stießen aber stets auf taube Ohren.

Dieser Tage jedoch hören Erdogan und seine Berater sich ganz anders an. Die neue Linie besagt, dass sich die fraglichen Prozesse durch schwere Regelverstöße auszeichneten, dass es eine Verschwörung gegen das Militär gab

und dass die Gülenisten einen Staat im Staate errichtet haben. Der Grund dieses Sinneswandels liegt auf der Hand: Erdogan will die Gülenisten, die ihm heute einen erbitterten Kampf um die Macht liefern, isolieren und diskreditieren. Die Gülenisten hingegen führen ihre Kampagne gegen Erdogan im Gewande eines Antikorruptionsverfahrens. Keinen Türkeikenner dürfte es überraschen, dass es bei Bauvorhaben zu Bestechungen großen Stils gekommen sein soll. Doch das derzeitige Antikorruptionsverfahren hat eindeutig politische Motive, und Erdogan stellt die Absichten der Staatsanwälte zu Recht infrage. Die gegenwärtige Runde justizieller Geschäftigkeit handelt genauso von Korruptionsbekämpfung wie frühere Runden sich um die Bekämpfung des Tiefen Staates und tatsächlicher Putschpläne drehten – will sagen: so gut wie gar nicht. Doch es war Erdogan selbst, der der Gülen-Bewegung überhaupt erst freie Bahn verschaffte.

Vor drei Jahren, nach dem Verfassungsreferendum vom August 2010, ließ Erdogan eine große Chance verstreichen. Nach seinem komfortablen Sieg saß er sicher im Sattel und hatte weder vom Militär noch seitens der ultrasäkularistischen alten Garde viel zu befürchten. Er hätte von den schmutzigen Justiztricks und der Medienmanipulation, die sein Regime an die Macht gebracht hatten, abrücken können. Damals schrieb ich, wenn er keinen Kurswechsel vornähme, werde „das Land tiefer in autoritäre Zustände versinken; die politischen Gegensätze werden unversöhnlich werden und ein neuerlicher politischer Bruch könnte sich als unvermeidlich erweisen.“ Unglücklicherweise bewahrheitet sich diese Voraussage jetzt.

Heute verfügt Erdogan über weniger gute Optionen, aber er könnte die Dinge immer noch zu seinen Gunsten wenden. Die gülenistischen Machenschaften im Justizwesen und anderen Teilen der Bürokratie haben ein breites Spektrum der Gegenwehr geschaffen. So ziemlich alle – ob Nationalisten, kurdische

Aktivisten, Säkularisten, traditionelle Islamisten, Sozialisten oder Liberale – sind das eine oder andere Mal zum Opfer gülenistischer Intrigen geworden. So gesehen könnte Erdogan eine über die eigene AKP hinausreichende Koalition mobilisieren, die ihn bei Reformen unterstützt und eine Rückbesinnung der Justiz auf ihre wirkliche Rolle anstrebt. Natürlich hätte keine der genannten Gruppierungen etwas dagegen, Erdogan krachend scheitern zu sehen. Alle würden also Gegenleistungen beanspruchen, bevor sie sich einer solchen Reformkoalition anschließen. Doch derartige Zugeständnisse wären nun einmal der Preis, den Erdogan unvermeidlich zu zahlen hätte – wahrlich kein hoher, bedenkt man, dass er selbst die Türkei erst in den gegenwärtigen Schlamassel geführt hat. Immerhin könnte er so das harte Urteil künftiger Historiker über seine Führung mildern.

Leider scheint Erdogan entschlossen, auch diese Chance verstreichen zu lassen. Stattdessen verstärkt er den autoritären Würgegriff. Das Gremium, das die Staatsanwälte und Richter ernannt, soll zu einem Anhängsel des Justizministeriums werden. Erdogans Gefolgsleute gefallen sich in Schmutzkampagnen gegen Gülenisten, die deren eigenen Methoden gleichen. Der Ministerpräsident scheint zu glauben, er könne genügend Popularität zurückgewinnen, um die Krise ohne eine Ausweitung seiner Koalition durchzustehen.

Der Kampf zwischen Erdogan und der Gülen-Bewegung hat sich derart aufgeschaukelt, dass es schwerfällt, sich eine Aussöhnung vorzustellen. Die gute Nachricht besteht darin, dass diese mit Zähnen und Klauen geführte Auseinandersetzung die Korruption und die justiziellen Manipulationen bloßlegt, auf denen Erdogans Regime gründet. Die schlechte Nachricht besagt allerdings, dass, wer auch immer gewinnt, die türkische Demokratie der Verlierer sein wird – zumindest solange nicht wahrhaft demokratische Kräfte aufkommen.

© Project Syndicate